

Die „Volkswoche“  
erscheint täglich Nachmittag außer  
Sonntag und ist durch die  
Expedition, Neue Gravenstr. 6/6,  
durch die Post und  
durch Buchdruckerei zu beziehen.  
Preis vierthalbjährig Mf. 2.50,  
pro Woche 20 Pf.  
Postleitzahlische Nr. 7780.

Telephon  
Nr. 451.

# Volkswoche

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die werkhafte Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die neue Welt“.

Insertionsgebühr  
beträgt für die einzelpolige  
Bettzeit oder deren Raum  
20 Pfennige, für Vereins- und  
Versammlungs-Anzeigen  
10 Pfennige.  
Unterat für die nächste Nummer  
müssen bis Vormittag 10 Uhr in der  
Expedition abgegeben werden.

Telephon  
Nr. 451.

Nr. 87.

Freitag, den 14. April 1899.

10. Jahrgang.

## Politische Übersicht.

### Bescheidenheit ist eine Tugend!

Das deutsche Volk ist von den „Edelsten der Nation“ von jener gewiss nicht verwöhnt worden. Bescheidenheit galt bei den Untern immer als eine Eigentug, ohne die man es weiter bringt in dieser Welt. Das ist wieder recht deutlich geworden durch die im Laufe des Winters stattgehabten Verhandlungen der verschiedenen landwirtschaftlichen Korporationen. Der Gipfel der Unverantwortlichkeit ist aber ohne Zweifel bei den fürstlich stattgefundenen Berathungen der Landwirtschaftskammer für Westpreußen erklommen, von der wir schon kurz berichteten. Dort wurde über die „Leutenothe“ gesprochen. Als wichtigstes Mittel wurde in erster Linie in Vorschlag gebracht, daß die Admänner zugleich jugendlicher Arbeit vor vollendetem 18. Lebensjahr mit thatsächlich meist bedeutungsloser Zustimmung der Eltern und Vormünder, sondern nur mit der gleichzeitigen des Landrats stattfinden dürfe. Nicht nur Eltern und Gemeinde haben ein Recht darauf, daß ihnen die benötigten Aufwendungen, welche sie für die Erziehung der Kinder gemacht, wenigstens zu einem kleinen Theil durch Arbeitsleistung erspart werden, sondern auch der Staat habe ein dringendes Interesse daran, daß die Jugend nicht in allzu unreinem Alter sich jeder heimlichen Autorität entziehe und den Verlockungen und der Verderbnis eines ziellosen Lebens in der Fremde preisgegeben werde.

Aber dieser Forderung des Zwanges muß auch ihr moralisches Mantelchen umgehängt werden und so huchelt man Besorgnis um die Gesittung des Volkes. Trotzdem durch die Kriminalstatistik nachgewiesen ist, daß nicht in den Großstädten, nicht in den Hohburgern der Sozialdemokratie, sondern gerade in den entlegenen Einkeln, dort, wo der Konservativismus herrscht, die Bevölkerung prozentual am meisten an Verbrechen beteiligt ist, hat man die Stirn, die Gefilde der Jungen als Hort der Sündlichkeit zu preisen.

Die erschreckend starke Zunahme der jugendlichen Gegegner und Verbrecher, welche besonders deutlich in den Personalien der einzustellenden Rekruten zum Ausdruck kommt, bedeutet eine eminente Gefahr nicht nur für die Rucht in unserem Heere, sondern für die ganze sittliche Volksgeundheit.“

Wie würden unvollständig in unserer Beträgerstattung sein, wenn wir verläuteten, mitzuheilen, daß auch Bedenken in der Versammlung laut wurden. Diese Bedenken richteten sich aber nur gegen das Umgangsgesetz derselben. Nicht bis zum 18. Lebensjahr, sondern bis zum Eintritt ins militärisch-pflichtige Alter müsse die Beschränkung ausgehängt werden.

Im übrigen wurden die schon oft gehörten Wünsche aufgelistet: Bestrafung des Kontraktbruchs, Halbtagschule, Dispensation von der Sommerschule, Verminderung der Verpflichtung von Arbeitern in Staatsbetrieben u. s. w.

Aus den Verhandlungen erfahren wir ferner auch den Grund, warum die Konservativen so grimmige Gegner der zweijährigen Dienstzeit sind. Rigt etwa deshalb, weil der Überzeugung sind, daß zwei Jahre zur Erziehung zur Kriegsfähigkeit nicht genügen, sondern weil unter der „Herrschaft der zweijährigen Dienstzeit“ weitgehende Ansprüche in Bezug auf „die erweiterte Urlaubnahme von

Soldaten zur Erntezeit leider kaum befriedigt werden können.“

Es ist in der That eine arge Mißachtung agrarischer Wünsche, die Soldaten nicht mehr drei Jahre dienen zu lassen. Alles könnte sich in vollster Harmonie abwickeln. Während der Erntezeit würden die Käsernen geschlossen, die Soldaten vertauschen die Kleinkalibigen mit der Sense, die Schule wird den ganzen Sommer über geschlossen, damit den Jungen auch die billige Kinderarbeit zur Verfügung stehe, es öffnen sich die Pforten der Gefängnisse und heraus strömen die Straflinge, um für wenige Pfennige zu frohlocken. Wir wissen, daß damit die Jungen noch lange nicht befriedigt sein würden, aber es wäre vielleicht der Anfang einer Verständigung. Und da unsere Regierung eine ihrer Hauptaufgaben in der Befriedigung agrarischer Wünsche erblickt, so unterbreiten wir die Vorschläge jener „bescheidenen“ Herren der Regierung zu geneigter Berücksichtigung.

### Patriotismus und Flottenkoller.

Die Flottenschwärmerei nehmen die Samoaangelegenheit zur Veranlassung, um die tollsten Kapriolen zu machen. So erklärt ein Leitartikel der „Positiv“, unter der Überschrift „Thaten, nicht blos Worte für Samoa!“ es für eine patriotische Pflicht des Reichstags, das verfassungsmäßige Staatsrecht zu suspendieren und die Summe, welche er gesetzlich verpflichtet ist, zum Ausbau und zur Erneuerung der Flotte bis 1904 nach Maßgabe der durch die Jahresetats bis dahin festgesetzten Raten zu bewilligen, schon jetzt in einem vollen Betrag der Regierung zur Verfügung zu stellen.

Das ist ebenso dummi wie unverschämt. Der Bruch der Reichsverfassung erscheint den Stummelingen offenbar als ein Kinderspiel. Daß der Bau von Kriegsschiffen, der Jahre erfordert, für die Erledigung der Samoafrage gar keine Bedeutung hat, liegt auf der Hand.

Nach dem Etat von 1899 befinden sich schon gegenwärtig im Bau nicht weniger als 7 große Linienschiffe, 2 große Kreuzer, 2 Kanonenboote, 2 Torpedobootsdivisionen.

### Unterm Buchthauskurs.

Dem arbeitsamen Landtage ist ein Gesetzentwurf zugegangen, der die landwirtschaftlichen Arbeiter vollständig unter Gesinderecht stellt, hohe Strafen für das vorzeitige Verlassen des Dienstes festsetzt und zwangsläufige Wiederzuführung in den Dienst gestattet. Außerdem werden Gefängnisstrafen bis zu einem Jahr festgesetzt für die Verabredung von Arbeits-einstellungen. Die in Frage kommenden Paragraphen lauten im Wesentlichen folgendermaßen:

S 1. Landwirtschaftliche Arbeiter, die widerrechtlich den Antritt der Arbeit verweigern oder die Arbeit verlassen, werden mit Geldstrafe bis zu dreißig Mark oder mit Haft bis zu zehn Tagen bestraft. Die Bestrafung tritt nur auf Antrag des Arbeitgebers ein. Der Antrag ist nur zulässig, wenn er innerhalb einer Woche nach Begehung der strafbaren Handlung gestellt wird. Die Zurücknahme des Antrages ist zulässig.

S 2. Wer landwirtschaftliche Arbeiter widerrechtlich den Antritt der Arbeit verweigert oder die Arbeit verlassen, so ist die zwangsweise Ausführung derselben durch die Polizeibehörde des Arbeitortes auf Antrag des Arbeitgebers zulässig. Der Antrag muß innerhalb einer Woche nach dem vertragsmäßigen Antrittstage oder nach dem Verlassen der Arbeit gestellt werden.

S 3. Wer landwirtschaftliche Arbeiter zur widerrechtlichen Verweigerung des Antritts der Arbeit oder zum widerrechtlichen Verlassen der Arbeit verleitet, wird mit Geldstrafe bis zu 150 Mk. oder mit Haft bis zu sechs Wochen bestraft. Derselbe ist

dem Arbeitgeber für den daraus entstehenden Schaden verantwortlich; er haftet neben dem Arbeiter als Gesamtschuldner.

S 4. Landwirtschaftliche Arbeiter, die die Arbeitgeber zu gewissen Handlungen oder Zugeständnissen dadurch zu bestimmen suchen, daß sie die Einstellung der Arbeit oder die Verhinderung derselben bei einzelnen oder mehreren Arbeitgebern untereinander verhindern, werden mit Gefängnis bis zu einem Jahr bestraft. Die Anstifter unterliegen der gleichen Strafe, auch wenn sie keine landwirtschaftlichen Arbeiter sind.

Die Vorlage geht sogar weit über das bisher schon in Preußen übliche hinaus. In Preußen werden z. B. wegen Anstiftung zur Arbeitseinstellung nur die landwirtschaftlichen Arbeiter selbst mit Gefängnisstrafe bedroht, während man in Anhalt auch alle anderen Leute unter diesen Paragraphen stellen will. Die Reaktion ist nun drauf und dran, die Vortheile auszubauen, die ihr durch die Fassung des Bürgerlichen Gesetzbuches zugeschlagen sind. Unsere Partei war es bekanntlich, die das Gesetzgebungrecht der Einzelstaaten auf dem Gebiet des Gewindewesens aufgehoben wissen wollte. Unsere Verträge unterlagen aber dem brüderlichen Zusammenwirken der bürgerlichen Parteien. Und nun sollen die Arbeiter die Folgen dieser Gesetzgebung zu schmecken bekommen.

### Es wurde nicht gefragt.

Die angebliche Neuerung des Kaisers, daß Hannover nicht anerkannt worden wäre, wenn er im Jahre 1866 mitzurathen gehabt hätte, wird auch in der „Nordb. Allg. Blg.“ an der Spitze des Blattes auf das Bestimmtste als jeder Voraussetzung entbehrend bezeichnet.

### Das Möller's Reich.

Aus Bröns wird der „Kiel 3. B.“ gemeldet, daß zwei Schreie und eine Magd des dortigen Hofbesitzers Falloben ausgewiesen sind. Ferner erhalten fünf Dienstboten des Hofbesitzers Skumsager in Rübbenhoved Ausweisungsbüro. Diese Ausweisung wird in Verbindung gebracht mit der neuzeitlichen Theilnahme des Herrn Skumsager an einer Versammlung auf der Hochschule zu Århus in Jütland, wo nach dänischen Blättern eine Resolution gefasst wurde, in welcher es unter Anderem heißt: „150 dänische, norwegische, und südjütische“ Schüler der Volkschule zu Århus sprechen ihre volle Sympathie aus für den Gedanken, die nordische Jugend zur Mitarbeit für nordische kulturelle Einheit und ein mehr intensives Zusammenleben zwischen den nordischen Völkern zu sammeln.“

Die unangenehmen Folgen der Ausweisungen machen sich ganz besonders jetzt zur Frühlingszeit geltend. Aus der Norderharde auf Alsen schreibt man an „Dybbøl-Boten“: Der Mangel an Landarbeitern hat sich nie so fühlbar gemacht, wie jetzt vor dem bevorstehenden Umziehtag. Die Nähe sind bedeutend gestiegen, sowohl für fest Dienstboten, wie auch für Tagelöhnerarbeit. Diejenigen Dienstvermiether, welche früher alljährlich Dienstboten aus Jütland holten, haben dies jetzt in Folge der Ausweisungen aufgegeben. Viele müssen sich nun (mit umherziehenden Handwerksburschen) begnügen an Stelle der früheren tüchtigen dänischen Arbeitskräfte. Das auch Deutsche unter diesen ungünstigen Verhältnissen leiden, ist selbstverständlich.“

Über Änderungen der Bäckereiverordnung war jüngst von der „Bäckerei-Blg.“ angekündigt worden, an Stelle des zwölfstündigen Maximalarbeitsstages sei eine Minimalarbeitszeit pro Woche in Aussicht genommen. Nach den

## Die Rose von Disentis.

Bon Heinrich Scholze.

„Ich sagte, Herr Landvogt“, erwiderte der Magnat mit Zorn im Tone und Blaue, „er hat auskonzertiert. Ich habe schon nach Chur geschrieben. Man wird den Burschen trümmern, und ein Beispiel statuieren. Der Probst ist nichts anderes als ein Spion. Nach Kriegsrecht gehört er zu den Salgen, und ich möchte ihm dafür verhelfen.“

„Hier bin ich! Will Ihre Weisheit nicht lieber den Dienstdienst selbst vertreten?“ donierte ihn unerwartet eine höfliche Stimme an.

Der Schäfchenhauptmann war durch die offene Thür der Trüllecke eingetreten, hatte die letzten Worte gehört und und mit drei Schritten plötzlich vor dem Staatsmann. Dieser sah erschrocken im Sessel zurück, daß sein Haarschopf in die Höhe flog, und der aufstrebende Buber mit dem, dem bereiteten und qualmenden Tabakrauche eine gemeinschaftliche Wolke bildete. Die gewöhnliche Rothglühtheit seines Gesichtes war, ob aus Furcht oder Zorn, in Weißglühtheit übergegangen. Nur der Knopf an der Nasenspitze blieb standhaft blauviolett.

„Wie? ... Was? ...“ flammte er entlich. „Was gehören Sie, Herr? Wer sind Sie?“

„Hauptmann Probst bin ich, und Ihrer Weisheit einen Platz geben will ich.“

„Herr ... Herr ... aber ich verlange keinen!“ rief Magnat, sich ermannend.

„Eben darum haben Sie und Ihregleichen das Vaterland verloren gefürtzt“, entgegnete der Hauptmann. „Die Faktion ist der blinde Simson, der die Säule des Tempels einstürzt, um seine Feinde zu verschlingen, und sich den Trümmer selbst begraben. Das ist die ganze Weis-

heit der bündnischen Weisheiten von heute. Doch genug! Verzeihung, wenn ich Sie höre; ich suchte einen andern als Sie.“

Mit diesen Worten wandte er sich rasch um, verließ die Trüllecke und eilte die Treppe hinunter, wo ihn die schöne Schwester erwartete.

5.

### Die Rose von Disentis.

„Ist es also nicht oben?“ fragte sie, und legte ihren Arm wieder in den seinigen.

Statt seiner ein paar Flachläppje, die man „Weisheiten“ titulirt. Gegeben wir uns ins Dorf zurück“, antwortete er misstrauisch, und führte die junge Dame davon.

Florian, sei der Flachläppje willen kein Brautforscher“, mahnte die Schwester. „Du könnetest ja so froh und friedlich bei uns leben, wenn Du Dich nur um die unseligen politischen Händel weniger kümmern würdest. Eine Partei wie die andere wird vom bösen Geiste der Leidenschaften besessen. Las beide fahren!“

„Wenn ich mich selbst fahren lassen könnte!“ seufzte er. „Heute reise ich wieder fort. Je eher, desto lieber! Es ist hier nicht geheimer. Ja, liebe Sabine, ich fühle es, in dieser Lust darf ich nicht länger atmen. Ich gehe, wohin die übrigen Märtyrer gegangen sind. Warum bin ich in der Welt, wenn nicht für das Wahre und Rechte? Ich will es, denn Gott will es. Dafür leben, dafür sterben, macht Leben und Tod wertvoll.“

„So sind Ihr Männer“, schalt Frau von Schauenstein, und that recht böse. „Wenn Ihr nicht raufen und streiten könnt, ist Euch unwohl. Dein wildes, heißes Blut abzuhören, Brüderchen, das sei Dir Lebensangabe. Deine Augen werden heller schauen, wenn sie nicht mehr rotztrünen funktion. Glaube mir, die Welt ist und wird, was wir in uns sind und werden.“

Auch in der Stille des häuslichen Kreises, durch Beglücken Anderer, würde Du ein glücklicher Mann werden.“

Glücklich, Sabine, kann ich in einem Lande nicht werden, wo mich Niemand versteht, und wo ich Niemanden verstehen kann soll ich, wo jeder nur sich und nichts Anderes liebt. Hätte ich nicht Dich noch unterm Himmel, ich stände in einer Wüste ... Glücklich, sagt Du, armes Kind, im häuslichen Kreise ... Glücklich, sagt Du, armes Kind, im häuslichen Kreise ...“

„Glücklich, sagt Du wohl selbst so sprechen? Bist Du glücklich? Und wer verdiente es doch mehr zu sein als Du, liebe Seele? Ich kenne Deinen wunderlichen Ehemann ... rede die Wahrheit, bist Du glücklich?“

Die junge Frau schlug die Augen nieder, und antwortete mit Anfangs unsicherer Stimme: „Hötest Du mich je mein Los besiegen? Warum solche Frage heute? Ich liebe meinen Mann wie einen Vater. Vater ist er auch Dir gewesen; der ist er mir. Vergis nie, daß wir ihm unsere bessere Erziehung verdanken; daß er uns als vertraute, arme Kinder in Schutz nahm; daß er Dich auf seine Kosten nach Wien schickte, und die Rechte studiren ließ; daß wir, was er gethan hat ...“

„Nicht doch, Sabine!“ unterbrach sie bittend der Bruder. „Rede ganz wahr, nicht bloß halb. Was er gethan, er hat es sich geholt. Dich, die seine Enkelin sein könnte, Dich, die noch ein zwanzigjähriges kindloses Mädchen war, nahm der alte, reiche Herr zum Weibe, vermari in Deine famos aufzehlischen Reise. Du brauchtest ihm, was Du und ich damals nicht recht verstanden, Deine Jugend, Deine Schönheit, die Anspieltheit des schöpferischen Lebensglück zum Opfer. O, waren wir doch erst gebüllten an den lieben Felsenwällen des Brodusses!“

„Wie mochte er Deinetwegen wohl mit dem Kauf nehmern; freilich für einen Wedelstolz eine widerliche Zugabe. Ja, er gab mich in den Unterricht des weisen Reisemann; schickte mich nach Wien, weil er keinen Banaterbarischen Schwager nennen wollte ... aber ungrossmächtig, und oft gewiss berechnete er, was ich ihm geleistet.“

Herrschaft folgt.





**Achtung!**  
Den gebreiten Lefern der "Vollswacht" empfiehlt ich mein  
selbstge fertigten dauerhaften  
**Schuh- und Stiefelwaaren**  
zu ganz tollen Preisen.  
**Emanuel Gräbsch,**  
Große Schleifnigerstr. 19 (Weißer Hirsch) und Michaelisstr. 164  
Bestellungen nach Maß und Reparaturen werden prompt und  
sauber ausgeführt.  
4611

**Achtung!**  
Den Lefern der Vollwacht mache ich bekannt, daß ich jetzt meinen  
**Jungbier-Verkauf**  
nach Waterloostraße Nr. 3, 2.haus vom Platz  
verlegt habe, und bitte ich das Vertrauen, welches mir Michaelisstraße  
entgegen gebracht wurde, auch weiter zu bewahren.

**H. Backwitz,** Waterloostraße 3, frisch. Michaelisstr.

**Pfänder-Gesetzgebung**  
im Stadt-Leihamt.  
Am 8., 14. u. 20. Mai d. J. kommen  
im Amtsgericht des Stadt-Leihamtes  
(Ecke Straß- u. Mestergasse) die innerhalb der Nummern 67225—77779  
des Handbuchs verfallenen Pfänder  
und zwar

Vormittags v. 9—12 Uhr  
Zwischen, Gold, Silber, goldene und  
silberne Uhren u. s. w.  
Nachmittags v. 12—2 Uhr  
Kleid., Kleider, Bett-, Pelz-,  
Schuhmäkinen, Fahrerläder örtlich  
gegen gleich hohe Zahlung an den  
Pfändereinhaber zur Versteigerung.

Die nach Abzug der Pfandhölfte,  
Zinsen und Verlusthölfte etwa ver-  
bleibenden Pfandüberhölfte wie auch  
die bei der Versteigerung etwa nicht  
unterlaufen Pfandhölfte geben gemäß  
§ 23 des Leihamts-Reglements in das  
Eigentum der Saarzemeinde zu  
Gung der Armenstube über, falls die-  
selben nicht binnen Jahresfrist — vom  
Tage des Verkaufs an gerechnet —  
von den Berechtigten eingeholt werden.

Die für den Verkauf bestimmten  
Pfänder können noch bis zum Zufliege-  
nugestellt werden, und kann das Pfand-  
geschäft auf weniger 6 Monate durch  
Schaltung der rückständigen Summen und  
nötigenfalls einer Rate des Zuschlags  
verlängert werden.

Breslau, den 12. April 1899.  
Der Magistrat. 4860

**Geschäftsübergabe.**

Gern gebrauchtes Publikum zur  
zeit. Würde gern, daß ich das  
Cigaretten-Geschäft des Herrn  
Johann Kühnel führte, er  
worden habe und bitte ich, daß  
meinem Herrn Vorgänger gefasste  
Berauken auch auf mich übertragen  
zu wollen.

Gebrauchtbewilligung

**Emma Hanke**

Friedrich-Wilhelmstr. 301.  
Mein Sohn & Cigaretten, Cigarrer,  
Tabak und Weizen kultur befreit  
4517 erworben. E. C.

**Neustadt.**

Sonnabend, den 15. d. mts.,  
Abends 8 Uhr:

**Parteiveranstaltung**

im Sozialer Arbeiters-Kanno-  
Verein, Siebenstrasse 335 bei  
Reileck.

2. Tag: 1. Eröffnung.

1. Berichterstattung der Kreis-  
Parteiverwaltung 2. Berichterstattung  
der Kreislichen Betriebsgruppe 3. Ein-  
tritt. 4. Berichterstattung. Der  
Wortreden wegen werden die Kreis-  
gruppen erlaubt, recht schriftlich zu Stunde Einschreibe

Adolf Kirschmeier, Sekretär.

**Neustadt O.S.**

Arbeiter-Solidarität Verein.  
Sonntag, den 15. April cr.,  
Nachmittags 4 Uhr:

**Wahlkreis-Sozialrat**

Um möglichstes Erlebenen erhält  
der Vorstand.

**Hänsicht.**

Die liegende Schule des allge-  
meinen deutschen Arbeitervereins  
Breslau, Solidarität mit Sitz am  
16. April, Reichenbach 4 Uhr, im  
Schloß zu Glatz bekommt eine  
**Versammlung**

a. Die Mitglieder werden in der  
Vorstellung, wenn jedoch bei der  
Durchführung der Versammlung  
Oswald Thunler in Breslau  
und Ludwig Herz in Görlitz  
die Ortsverwaltung.

**Eindorf.**

**Arbeiter-Verein.**

Samstag, den 16. April, Nachmittags  
um 3—4 Uhr, in Görlitz im  
Zum Ritterwagen.

Wahlversammlung von Kreismitte  
und Kreisgruppe. Wahlversammlung von  
Kreisgruppe I Görlitz. Um möglichstes  
Erlebenen erhält der Vorstand.

**Striegau.**

**Arbeiter-Verein.**

Sonntag, den 16. April,  
Nachmittags 3 Uhr, in Görlitz  
per "Stadt Striegau".

Wahlversammlung von Kreismitte  
und Kreisgruppe I Görlitz. Um möglichstes  
Erlebenen erhält der Vorstand.

**Schuhwaaren**

arbeitet u. eleg. für Herren, Damen u. Kinder  
zu billigsten Preisen.

4885

## Deutscher Holzarbeiter-Verband

(Zahlstelle Breslau.) 4861

Sonnabend, den 15. April cr., Vereinsabend.

Vortrag von Herrn Feige

im Vereinshaus, Heinrichstraße Nr. 5.

Dienstag, den 25. April cr., in Heider's Brauerei, Petersstraße 19

Quartals-Abrechnung.

Tages-Ordnung: 1. Abrechnung pro 1. Quartal. 2. Vertrag

von Herrn Dr. Schlesinger. 3. Verschiedenes.

Die Lokalverwaltung.

4885

## Schuhwaaren

dauerhaft u. eleg. für Herren, Damen u. Kinder  
zu billigsten Preisen.

Herrengamaschen u. Damengamaschen in allen

Größen vorrätig.

W. H. Christmann,

37, Große Schleifnigerstraße 37.

Für die

**sparsame Hausfrau!**

Jeder Versuch bringt

neue Kunden.

Kaffee à Pfd. 50, 80,

90, 100, 120, 140, 160

und 180 Pf. 4764

Getreide-Kaffee à Pfd. 9 Pf.

Frucht-Kaffee 2 Pf. 11

Becker weiß. Farina à Pfd. 22

Weizen-Mehl 1000. 12

Zucker. Blumen 13

Blumenmarmelade 19

Salzkost, gewürzt 19

Becker-Schmalz 45

F. Süß. Marger. 57

Erdbeer u. Beeren, gut lachend 9

Eier 3

Salami-Schweine 16

Grüne Soße 13

Brennspiritus à Liter 22

Perlelkraut 15

**Benno Neumann**

Breslau, Friedr. Wilhelmstr. 67.

Filiale I, Friedr. Wilhelmstr. 43.

Filiale II, Goldenes Radpasse 1.

4864

**Bunzlau.**

Soz. Anstalt des Gewerbes mehr

soz. Sagen von

**Filzhüten**

in allerhanden Regalen u. Geschäften

zu kaufen.

**Sommer-Mützen**

für Herren, Knaben u. Kinder,

zu sehr schönen Preisen.

**Aug. Römer,**

Sargstraße 18.

**Arbeiter! Handwerker! Bürger!**  
kaufen am Billigsten

Herren- und Knaben-Confection  
und Arbeiter-Bekleidung

im Gr. Special-Geschäft Breslau's

**Consum-Waaren-Haus**

Max Memisohn, 4847

69, Friedr.-Wilhelmstr. 69 (neben Rödler)

**II. Geschäft: 6, Adalbertstr. 6.**

4865

**Transport-Dreiräder**

4866

hoch bewährten Systemen.

**Kräftig gebautes Dreirad**

mit Kasten hinten.

Leichteste Lenkbarkeit.

Beaufsichtigung der Waare während der Fahrt

**Jul. Dressler & Co., Breslau,**

Bohrauerstrasse 7, Harrasgasse 4/6.

4867

**Wie spart man Geld?**

4868

**Herren- u. Knaben-Garderoben**

4869

fragt der Käufer, ob es für den Sozialen Vater ist, unter den vielen Angeboten das Vortheilhafteste herauszufinden.

4870

Wo kauft man seine Sommer-Garderoben?

4871

4872

Nur!

Ohlauerstrasse 45 b

neben dem Bezirkstkommando.

4873

**Abtheilung I.**

4874

**Fertige Herren-Garderobe.**

4875

Herren-Anzüge, 9,50 M.

4876

Herren-Anzüge, 12,50 M.

4877

Herren-Anzüge, 14,50 M.

4878

Herren-Anzüge, 15,50 M.

4879

Herren-Anzüge, 18,25 M.

4880

Herren-Anzüge, 19,75 M.

4881

Herren-Anzüge, 21,00 M.

4882

Herren-Anzüge, 23,50 M.

4883

Herren-Paletots, 8,50 M.

4884

Herren-Paletots, 11,50 M.

4885

Herren-Paletots, 15,50 M.

4886

Herren-Paletots, 19,25 M.

4887

Herren-Paletots, 21,00 M.

# Beilage zu Nr. 87 der „Volkswacht“.

Freitag, den 14. April 1899.

## Sokales und Provinzielles.

Breslau, den 14. April 1899.

Das Programm der diesjährigen Maifeier der Breslauer Arbeiter lautet:

Samstag, den 30. April, von 4 Uhr Nachmittags:

### Große Maifeier

im Garten und sämtlichen Räumen des „Volksgarten“, Michaelisstraße.

Instrumental- und Volks-Konzert, ausgeführt von der Kapelle des Breslauer Konzerthauses und vom Breslauer Arbeiter-Sängerbund. Während des Konzertes und nach demselben Tanz im Saale. Bei Eintritt der Dunkelheit Brillantenuerwerb. Gratistheilung von Kinderspielsachen, Volksbelustigungen u. s. w.

Montag, den 1. Mai, Vormittags 9 Uhr:

### Gemeinschaftlicher Spaziergang

derjenigen Genossen, welche den ersten Mai durch Arbeitsruhe feiern. Das Ziel des Spaziergangs wird noch bekannt gegeben. Treffpunkte in den einzelnen Stadttheilen:

Drei Tauben, Neumarkt 8.

Ernst Zahn's Restaurant, Kreuzburgerstraße 6,

Kostrowsky's Restaurant, Lohestraße 75.

Montag, den 1. Mai, Abend - 5 Uhr:

### Maif-Versammlung

im „Volksgarten“, Michaelisstraße.

Referent: Reichstags-Abgeordneter Dr. Schoenlank.

Programme für die Maifeier à 20 Pf.

Eintrittskarten zur Maif-Versammlung à 10 Pf.

Maif-Herabzeichen (verschlungene Hände auf rother

Rosette) à 10 Pf.

ad zu haben:

Zu der Expedition der „Volkswacht“, Neuer

Graupenstraße 5/6.

bei den Klopforten der „Volkswacht“, sowie

bei den Genossen Fabian, Gräbnerstraße 86 III.

und Günther, Hirschstraße 11 I.

Arbeiter und Arbeiterinnen! Wicht in den nächsten

Wochen in Euren Kreisen nach besten Kräften für die

Beteiligung aller denkenden Arbeiter und Arbeiterinnen

an unserer gemeinsamen Maifeier!

### Breslauer Stadtverordnetenversammlung.

Eine sehr wichtige Vorlage beschäftigte gestern unsere

Stadtvater: Der Vertrag der Stadt mit der Breslauer

Strassenbahn. Die Einzelheiten derselben sind unseren Lesern

known. Der Vertrag konzessioniert der Privatgesellschaft den

betrieb der jetzigen Pferdebahn, die in eine elektrische umzu-

wandeln ist, bis zum Jahre 1923. Die festgestellten Be-

dingungen sind im Großen und Ganzen für die Stadt recht

günstig, gewähren derselben einen erheblichen Theil des Rein-

halts und sichern bei energetischer Ausführung der bez. Be-

dingungen des Vertrags einer der Großstadt Breslau ent-

reichende Entwicklung des Verkehrswesens. Wir bedauern

aber, daß die Stadtverordnetenversammlung gestern auf

die Berathung des Vertrags verzichtete, denselben vielmehr

weiteres mit Hurrah und Huzzah und unter lebhaften

Begeisterungen für den Magistrat, akzeptierte. Mit Recht

hat Herr Stadtv. Feige hervor, daß es sich hier um einen

Vertrag mit einer Gesellschaft hande, die sich bisher allen ge-

pflichteten Ansprüchen an eine fortschreitende Entwicklung

dieses städtischen Verkehrswesens verständnislos, ja direkt

feindlich gegenüber stand und daß wir deshalb alle Ursache

sind, sorgsam zu prüfen, ob neuen Bedingungen uns

solche gefährliche Neigungen ausreichend schützen. Noth-

wig wäre es unseres Erachtens auch gewesen, zunächst die

Zeit der Verstaatlichung der Straßenbahn, die nun bis zum

Jahre 1923 hinausgeschoben ist, einer eingehenden Prüfung

unterzuhören. Wir vertreten die Schwierigkeiten, die

den hier obwaltenden Verhältnissen einer Verstaatlichung

gegenstehen, keineswegs, halten dieselben aber durchaus nicht

unüberwindlich und glauben, daß diese prinzipiell so wichtige

eine eingehende Erörterung verdient hätte. Unbedingt

wäre es weiter gewesen, die Vertrags-Bestimmungen

zu untersuchen, welche die Interessen der Arbeiter und An-

teilnehmer der Straßenbahn zu schützen geeignet waren. Was

der Richtung jetzt im Vertrage enthalten ist, kann auch

bescheidensten Anspruch nicht genügen. Aber die Herren

geradezu auffällige Eile, den Vertrag, so wie er vor-

hals über Kopf zur Annahme zu bringen und lehnten

die Anträge auf Vertagung wie Vornahme einer zweiten

glatt ab. Und die eigenartige, etwas patriarchalische

Ausführung des Herrn Vorsteigers brachte dann den

demokratischen Vertreter Schütz, der beabsichtigt hatte,

Wort zu nehmen, mit der Wortmeldung aber bis nach

Zeitung der Geschäftsordnungsanträge warten wollte, um die

Möglichkeit, den oben erwähnten Einwendungen Ausdruck zu

geben. Im Handumdrehen war die wichtige Vorlage mit

der Mehrheit angenommen und Breslau hat sich nun auf

ein Viertelhundert Jahre der Möglichkeit herauf, sein Ver-

treiben in eigenen Betrieb zu nehmen.

Ein kleines Renkontre zwischen dem Stadtrath Dr. Steuer

dem temperamentvollen Stadtv. Röpke, veranlaßt durch

ganz berechtigte Anfrage des Letzteren wegen der Ver-

handlung sehr schlechten Eisens vom Nikolai-Stadtgraben für

unsere Krankenhäuser brachte etwas Abwechslung in

den recht monotonen Gang der gestrigen Verhandlungen

der Stadtvater.

\* \* \*

Am gestrigen Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung,

die am Freitag eröffnet wurde, kamen noch einige

neue Anträge zur Verhandlung:

1. Der Entwurf (Einzelpolizei)

rungsbereich mit dem Antrage, die Einzelpläne zu genehmigen. Be-

richterstatter, Stadtv. Hörl, beantragt die Vorlage dem Ausschuss V zu überweisen; die Versammlung beschließt demgemäß.

Lieferung von elektrischem Strom. Die Stadtverordneten-Versammlung wird ersucht, sich damit einverstanden zu

stellen, daß 1. behufs Errichtung des Preises für Abgabe des elektrischen Stromes zu gewerblichen Zwecken und zur Speisung von Akkumulator-Batterien der § 6 der Bedingungen für die

Lieferung von elektrischem Strom eine neue Fassung erhält und 2. die Bedingungen in ihrer neuen Fassung vom 1. April d. J. ab

Geltung erhalten. Der Referent, Stadtv. Dettlinger, hält eine

Genehmigung des Preises für elektrischen Strom im Interesse der gehörigen Ausübung des Elektrizitätswerkes für dringend nothwendig; im Übrigen beantragt Redner und die Versammlung be-

schließt die Überweisung der Vorlage an die Ausschüsse II und V.

Vermehrung der Zahl der besoldeten Stadträte. Die Stadtverordneten-Versammlung hat auf Antrag bei Gelegenheit der Staatsberatung bereits beschlossen, 6000 M. als Anfangsgehalt eines rechtskundigen Stadträts in den Etat für 1899 einzustellen.

Demzufolge und um die Genehmigung des Bezirksausschusses herbeizuführen, ersucht der Magistrat um formelle Fassung und Ausfertigung folgender Beschlüsse: 1. die Zahl der besoldeten

Magistrats-Mitglieder ist um ein rechtskundiges Mitglied zu vermehren; 2. das Gehalt der Stelle wird auf 6000 Mark nach je

3 Jahren um je 500 Mark auf 9000 Mark steigend — vorbehaltlich

etwa besonderer Vereinbarungen im einzelnen Falle — festzusetzen;

3. das für das nächste Jahr 1899/1900 erforderliche Gehalt aus dem Hauptextraordinarium dieses Jahres zu dokten. Der Referent, Stadtv. Haber, beantragt Genehmigung der Vorlage;

Die Versammlung beschließt einstimmig gemäß diesem Antrage.

Im Anschluß daran Stadtv. Schröder, auch die Zahl der unbesoldeten Stadträte um ein Mitglied zu vermehren.

Anstellung eines Stadtrates. Der Magistrat beantragt,

1. daß vom 1. April 1899 ab ein erfahrener Arzt

(Hypnotiker) unter dem Titel Stadtrat als Gemeindebeamter an-

gesetzt werde; 2. das Gehalt desselben auf 7500 Mark, nach je drei

Jahren um je 500 Mark auf 9000 Mark steigend — vorbehaltlich

etwa besonderer Vereinbarungen im einzelnen Falle — festzusetzen;

3. das für das nächste Jahr 1899/1900 erforderliche Gehalt aus dem Hauptextraordinarium dieses Jahres zu dokten. Der Stadtrath, Dr. Löpitz, ist zwar mit dem Grundgedanken der Vorlage einverstanden, glaubt aber nicht, daß die vorliegende Vorlage ihren Zweck ersäfft. Redner beantragt Überweisung der Vorlage nicht vom ärztlichen, sondern vom kommunalen Standpunkt aus zu betrachten. Es ist nötig, daß der Verwaltung ein ärztlicher Sachverständiger stets zur Seite steht. Es mag vielleicht vorkommen, daß der Magistrat für einen Stadtrat einen so hohen Betrag ausgeben will, aber es ist das unvermeidlich im Hinblick auf all die in Frage kommenden Arbeiten, die doch gemäß erledigt werden müssen. Gegenwärtig haben wir in dem Stadtrath Dr. Steuer einen Stadtrat, indeß kann dies nicht immer so sein, weshalb die Anstellung eines Stadtrates notwendig erscheine. Der Magistrat würde eine wichtige, kompetente Kraft, um aus dem Zustande der Hilflosigkeit, der einer Großstadt nicht würdig ist, herauszuführen. Die Bevölkerung hat ein großes Interesse daran, daß ein Stadtrat angestellt wird. Nach einem Schlußwort des Referenten und kurzer Erwiderung des Oberbürgermeisters wird die Vorlage dem Ausschuss überwiesen.

Gymnastikstunde für Mädchen. Der Ausschuss III empfiehlt die Annahme der Magistratsvorlage, wonach öffentliche Gymnastikstunde für Mädchen errichtet werden sollen. Der Referent, Stadtv. Dr. Wagner, ersucht den Ausschussvotum zuzustimmen. Stadtv. Schröder warnt vor Verwendung des Eisens aus dem Theile des Stadtbegrabs gegenüber dem Allerheiligsten-Hospital. Stadtrath Dr. Steuer erwidert darauf, daß die Verwendung dieses Eisens für viele Zwecke ganz unbedenklich erfolgen kann. Die Versammlung beschließt nach weiteren Auseinandersetzungen zwischen Stadtv. Röpke und Stadtrath Steuer gemäß dem Antrage des Referenten.

Der Vertrag mit der Pferdebahn-Gesellschaft. Der Magistrat überlädt der Versammlung den Entwurf eines neuen Vertrages zwischen der Stadtgemeinde Breslau und der Aktien-Gesellschaft „Breslauer Straßen-Eisenbahn-Gesellschaft“ mit dem Gesuch, denselben zu zustimmen. Referent Stadtv. Hörl beruft in längerer Rede aus, daß es jetzt drei Jahre her sind, daß die Verhandlungen mit der Pferdebahn begannen. Gerade auf dem Gebiete des Verkehrsweises ist aber ein langes Vorher gehen gerathen. Die grundlegende Frage war die, ob wir mit unseren Straßenbahnen verkehren sollen. Ich glaube, daß diese Frage heute von uns nicht entschieden zu werden braucht; so wie die Verhältnisse gegenwärtig liegen, wäre die Verstaatlichung nicht zu wünschen, weil die Segen derselben nicht voll erreicht würde, so lange der Vertrag mit der elektrischen Bahn läuft. Ferner ist zu beobachten, daß, wenn wir jetzt für Verstaatlichung entscheiden, gerade für die verkehrsreichen Linien ein sehr lang dauernder Zustand der Stützung geschaffen würde. Redner geht näher auf einzelne Bestimmungen des neuen Vertrages ein und zeigt, in wie weit in demselben die Interessen der Stadt und des Publikums gewahrt sind. Es ist auch, wie Redner u. a. ausführt, hervorgehoben worden bei der Berathung, daß die Pferdebahn ihre hohen Gewinne zum großen Theil erzielt durch die Bezahlung der Angestellten, welche in dieser Weise von der Stadt nicht innerhalb werden können. Der Magistrat müßte sich in dieser Beziehung mit wenigen Verbesserungen zufrieden geben; nach § 27 unterliegt die Arbeitsordnung der Genehmigung des Magistrats. Freilich wird der Magistrat nicht verlangen können, daß die Angestellten einen bestimmten Minimallohn erhalten, wohl aber, daß die Arbeitszeit nicht zu lang ist, was ja auch im Interesse der Sicherheit des Betriebes liegt. Ich gebe zu, daß das, was wir auf sozialen Gebiete in dem Vertrage herausschließen, ziemlich mager ist. Wir stehen nun vor der Frage, ob wir die Magistratsvorlage annehmen sollen oder nicht, und wie sie zu behandeln ist. Ich komme zu dem Resultat, daß wir sie nicht erst einem Ausschuß zur Berathung überweisen, sondern bald im Plenum abstimmen. Wohl wird mancher in Einzelheiten noch Wünsche haben, aber zweifellos leistet der Vertrag im Allgemeinen das, was seitens der Stadt zu fordern ist; deshalb bitte ich die Vorlage glatt anzunehmen.

Stadtv. Röpke bittet Angesichts der großen Bedeutung hent nicht in die Berathung einzutreten. Stadtv. Melde bittet diesen Antrag nicht stattzugeben und die Vorlage sofort anzunehmen. Redner erwidert: dasselbe empfiehlt Stadtv. Seidenberg. Stadtv. Hörl erwidert: eine zweite Lesung des Vertrages vorzunehmen. Redner hat gewichtige Bedenken gegen den Vertrag, der geschlossen werden soll mit einer Gesellschaft, die sich als direkt verkehrsfeindlich erweist. Redner möchte daher warten, bis der Vertrag fertig mit Vertrag abgeschlossen ist, um eine neue Fassung vorzusehen. Stadtrath Mühl bittet, daß in dem Vertrag alles das vorgesehen ist, was nach menschlicher Vorausicht vorausgesehen werden könnte.

Der Antrag auf eine zweite Lesung wird abgelehnt. Die Vorlage wird mit großer Mehrheit angenommen.

### Zum Webestreit in Reichenbach

berichten Bürgerliche Blätter unterbrochen eine Abnahme der Zahl der Streikenden und ein bald zu erwartendes Ende des Streites. Zum Theil soll dies durch die geringen Unterstützungssummen verursacht sein, welche eintreffen. Eine uns heute vorliegende Notiz besagt z. B., daß nur noch 772 Arbeiter auständig sind. Demgegenüber erhalten wir aus dem Streikgebiete folgenden Brief:

Reichenbach, den 12. April 1899.

In sämtlichen gegnerischen Blät

